

Irland

Nicholas Rees¹

Die von Premierminister Brian Cowen (Taoiseach) geführte Koalitionsregierung aus Fianna Fáil und Grünen blieb 2010 weiter an der Macht. Ihre Beliebtheit schwankte im Laufe des Jahres, je nach Grad der großen öffentlichen Besorgnis über den Zustand der irischen Wirtschaft und die rigiden Haushaltsbeschlüsse, die für den Dezember 2010 angekündigt waren. Dauerthema war die Bankenkrise. Das ganze Jahr über kamen Details über die Miswirtschaft des irischen Bankenwesens, zu der u.a. im Juni zwei Berichte veröffentlicht wurden,² und der irischen Bauindustrie an die Öffentlichkeit. Ende November 2010 sah sich schließlich der Taoiseach zur Ankündigung von Neuwahlen im neuen Jahr gezwungen. Die Grünen hatten bereits zuvor angekündigt, nach Verabschiedung des neuen Haushalts im Dezember die Regierungskoalition verlassen zu wollen. Die Regierung von Brian Cowen erlitt bei den Neuwahlen am 25. Februar 2011 eine große Niederlage. Er wurde von Enda Kenny mit seiner Koalitionsregierung aus Fine Gael und Labour abgelöst. Die neue Regierung stand 2011 vor der schwierigen Aufgabe, die Bedingungen des irischen Rettungsplan zu verbessern, der als besonders rigide und kostenintensiv wahrgenommen wurde.

Die irische Bankenkrise

Irland war mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Das Wirtschaftswachstum stagnierte und bereits zu Beginn des Jahres 2010 war offensichtlich, dass drei der vier irischen Banken – die Allied Irish Banks, die Bank of Ireland und die Anglo-Irish Bank – ohne eine Rekapitalisierung und der Unterstellung unter staatliche Kontrolle nicht überleben würden. Zusätzlich war die Baubranche so massiv verschuldet, dass Kredite nicht zurückbezahlt werden konnten. Die Arbeitslosigkeit erreichte zeitweise bis zu 14% und die Anzahl der Auswanderer und Auswanderungswilligen, u.a. nach Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland, nahm zu. Die Regierung sah sich zu Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben gezwungen. Diese betrafen insbesondere Kürzungen bei den Sozialausgaben sowie Lohnsenkungen.

Die wahren Ausmaße der Bankenkrise wurden im Laufe des Jahres 2010 immer deutlicher. Endes des Jahres war klar, dass Irland nicht in der Lage sein würde, seine Schulden zurückzuzahlen. Entsprechend schnellten die Kreditzinsen nach oben. Schließlich sollten sich die einige Zeit von der Regierung abgewiegelten Gerüchte über eine Intervention von Europäischer Union und Internationalem Währungsfonds (IWF) bewahrheiten. Und auch das vierte irische Finanzinstitut, die Allied Irish Banks, wurde Ende des Jahres ver-

1 Übersetzt aus dem Englischen. Eine längere Version dieses Beitrags erscheint in *Irish Studies in International Affairs*, Volume 22, 2011.

2 Siehe beispielsweise die Berichte des Präsidenten der irischen Zentralbank, Patrick Honohan, und der Bankenexperten Max Watson und Klaus Regling. Die Berichte kritisieren das Scheitern der Regierungspolitik, die unzureichende Finanzregulierung und die Praktiken des Bankensektors. Die Ursache wird nicht als Ergebnis des Kollapses der US-Bank Lehman Brothers im September 2008 gesehen, sondern im eigenen irischen Scheitern. Die Regierung räumte daraufhin finanzpolitische Fehlentscheidungen ein. Vgl. auch Simon Carswell/Stephen Collins/Ciaran Hancock: *Homemade factors to blame for the financial crisis*, reports claim, *Irish Times*, 10.06.2010.

staatlich.³ Die Rating-Agentur Moody's stufte die Kreditwürdigkeit Irlands im Dezember 2010 beinahe bis auf „Ramschniveau“ herab.

Der Taoiseach und seine Minister standen im irischen Parlament (Oireachtas) Rede und Antwort über die Ereignisse des Jahres. Dies schloss auch die Berichterstattung über die Gipfeltreffen des Europäischen Rates mit ein. Im Parlament wurde eine Reihe von Gesetzesvorlagen diskutiert, die sich direkt auf die irische Europapolitik auswirkten. Dazu zählten u.a. die Gesetze zur Kreditrahmenvereinbarung vom Mai und der Europäischen Finanz-Stabilisierungs-Fazilität (EFSF) vom Juli. Insbesondere in den Gemeinsamen Ausschüsse für die Außen- und Europapolitik wurde kontrovers diskutiert. Im Europaausschuss, unter dem Vorsitz von Bernard Durkin (Fine Gael), waren regelmäßig die Arbeiten des Ministerrates, das Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2011 und die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auf der Agenda. Unter anderem fanden Anhörungen zur Europa 2020 Strategie, der Finanzkrise, den EU-Beziehungen zur Türkei und dem Mittelmeerraum sowie zum Binnenmarkt statt. Unterstützt wurde der Ausschuss im letzten Jahr durch einen untergeordneten Ausschuss zur Rolle des irischen Parlaments in der EU, der unter dem Vorsitz von Lucinda Creighton (Fine Gael) im Frühjahr 2010 insgesamt sechs Mal tagte. In seinem im Juli veröffentlichten Bericht forderte er eine stärkere Rechenschaftspflicht der Regierung in europapolitischen Fragen.

Fiskalpolitische Interventionen der EU

Irlands Abhängigkeit von der Unterstützung der EU wuchs zusehends. Zwar versuchte Irland die heimische Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen – war jedoch nicht in der Lage, die Rekapitalisierung der Banken ausreichend zu finanzieren und sah sich in Folge dessen mit steigenden Kosten für Anleihen auf den internationalen Märkten konfrontiert. Im ersten Halbjahr 2010 galt der Großteil der Aufmerksamkeit in der EU noch der sich verstetigenden Krise in Griechenland, doch wurde zusehends offensichtlich, dass wohl auch Irland Hilfe benötigen würde. Der frühe informelle Gipfel des Europäischen Rates am 11. Februar hatte die neue Europa 2020 Strategie auf der Tagesordnung. De facto widmete sich der Gipfel jedoch dem Problemfall Griechenland und der Frage, ob es dem Land gelingen würde, die Stabilitätskriterien zu erfüllen. Die Staats- und Regierungschefs ließen zu diesem Zeitpunkt verlautbaren, dass „alle Länder der Eurozone für eine solide nationale Wirtschaftspolitik im Einklang mit den vereinbarten Regeln sorgen müssen. Sie tragen gemeinsam die Verantwortung für die wirtschaftliche und finanzpolitische Stabilität der Eurozone“.⁴ Dies erlaubte die Unterstützung der griechischen Regierung bei der Einführung weiterer Maßnahmen – und erkannte gleichzeitig an, dass die bisherigen Anstrengungen für eine Rettung Griechenlands nicht ausreichten. Auch wurden Befürchtungen laut, dass die Schuldenkrise in Irland und Griechenland die Stabilität des Euro gefährden könnte, was wiederum zu weiteren Problemen in anderen Staaten der Eurozone – wie Portugal, Spanien, Italien und sogar Belgien – führen könnte.

In diesem Zusammenhang war Irland besonders darauf bedacht, in Brüssel die wirtschaftlichen Interessen des Landes und den Rückhalt der Europäischen Union sicherzustellen. Dazu gehörten neben der Unterstützung auch das Einverständnis zur Gründung der National Asset Management Agency (NAMA), für die nach den Beihilfavorschriften die

3 Jill Treanor: Ireland nationalises fourth bank in attempt to stem run on AIB, *The Guardian*, 24.12.2010.

4 Der Taoiseach spricht im Unterhaus des Parlaments (Dáil) nach dem informellen Gipfel des Europäischen Rates, 11.02.2010, www.taoiseach.ie.gov.ie/eng/Government_Press_Office/Taoiseach's%20speeches.

Genehmigung der EU-Kommission erforderlich ist. Im Februar 2010 gab die Kommission ihre Zustimmung und die NAMA konnte mit dem Erwerb von Immobilienanleihen ihre Arbeit aufnehmen.

Mit den zunehmenden Schwierigkeiten in Griechenland, Irland und in anderen Staaten der Eurozone intensivierte sich die von den Mitgliedstaaten, der Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) geführte Debatte über den künftigen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Das Gipfeltreffen des Europäischen Rates am 25.-26. März stand daher erneut im Schatten der Schuldenkrise Griechenlands. Im Vorfeld des Gipfels trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone, um eine vorläufige Einigung über die Hilfsmaßnahmen für Griechenland zu erzielen. Auf dem Gipfel gelang es – trotz der deutschen Forderung nach einem strengeren Kontrollsystem – ein Rettungspaket für Griechenland zu schnüren. Von deutscher Seite wurde sogar eine Vertragsrevision des Vertrags von Lissabon gefordert, um künftig eine größere Überwachung der Finanzen eines EU-Mitgliedstaats zu gewährleisten. Der Gipfel beauftragte außerdem den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, mit der Errichtung einer Taskforce, die aus den EU-Mitgliedstaaten bestehen und mit Kommission und EZB zusammenarbeiten sollte, um bis Ende 2010 Optionen zur Verbesserung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu prüfen. Im Anschluss des Gipfels warb der Taoiseach in der irischen Öffentlichkeit für die Bereitstellung von Krediten für Griechenland, die u.a. auch von Irland aufgebracht werden mussten. Die griechische Regierung sollte sich im Gegenzug zu einem strengen Sparprogramm verpflichten. Am 23. April beantragte die griechische Regierung schließlich offiziell Finanzhilfe aus dem ersten Rettungspaket von EU und IWF.

Am 7. Mai 2010 fanden sich die Staats- und Regierungschefs der 17 Mitgliedstaaten der Eurozone zusammen, um über die endgültigen Bedingungen der Unterstützung für Griechenland zu befinden. Deutschland sicherte seine Unterstützung für das Rettungspaket nur unter der Auflage harter Sparmaßnahmen zu. Im Vorfeld des Treffens der Mitglieder der Eurozone am 7. Mai 2010 informierte der irische Finanzminister seine Kabinettskollegen über die Bedingungen des Rettungspakets und warb um die Zustimmung des Dáil, die für die Beteiligung Irlands nötig war.

Die EU-Finanzminister sprachen sich grundsätzlich für die Errichtung eines europäischen Rettungsschirms zur Unterstützung von in defizitäre Schwierigkeiten geratener EU-Staaten aus. Auch in Irland favorisierten laut einer MRBI-Umfrage 49% der Befragten eine größere Kontrolle und mehr Überwachung der nationalen Haushalte.⁵ Dieses Ergebnis dürfte auch durch die zunehmende Ernüchterung der Iren mit ihrer Regierung beeinflusst worden sein, die mit ihren politischen Entscheidungen die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise begünstigt hatte.

Anfang Juni 2010 beschlossen die Staats- und Regierungschefs die Gründung der Europäischen Finanz-Stabilisierungs-Fazilität (EFSF). Dies schloss auch einen gemeinsamen Brief an den Kommissionspräsidenten ein, der ein rascheres Eingreifen der EU angesichts der Spekulationen auf den Finanzmärkten forderte. Im Gegenzug für ihre Unterstützung schlug die EU-Kommission ein Peer-Review-Verfahren der Haushalte der Mitgliedstaaten vor. Mit der EFSF sollte Geschlossenheit demonstriert werden, nachdem die deutsch-französischen Unstimmigkeiten über die Rettungspläne eklatanter wurden. Im Vorfeld des Europäischen Rates vom Juni führten Sarkozy und Merkel intensive Gespräche, um eine

5 Stephen Collins: Majority of voters agree that there should be greater supervision of national budgets, Irish Times, 12.06.2010

Einigung über den künftigen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzkrise herbeizuführen. Die Franzosen hatten sich zuvor vehement für die Schaffung einer neuen Organisation oder eines Sekretariats zur Überwachung der EU-Wirtschaftspolitik eingesetzt, gegen das sich die deutsche Bundeskanzlerin ausgesprochen hatte. Auch wurde immer deutlicher, dass Spanien, Griechenland, Irland und Portugal auf den Anleihemärkten erneut unter Druck geraten würden.

Das Gesetzesvorhaben zur Gründung der EFSF durchlief alle Phasen des Gesetzgebungsprozesses im Dáil, das diese schließlich am 24. Juni 2010 billigte. Nun war es Irland möglich, sowohl Mittel für die Fazilität bereitzustellen, als auch von diesen zu profitieren.

Auf dem Treffen des Europäischen Rates am 27. Juni 2010 in Brüssel stand zum ersten Mal nicht die Krise in Griechenland im Vordergrund, stattdessen konnten die Staats- und Regierungsgeschäft sich dem Alltagsgeschäft zu wenden. Der Gipfel verabschiedete die Europa 2020 Strategie. Darüber hinaus einigte man sich auf die Leitlinien für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Weitere Punkte auf der Tagesordnung waren u.a. die Vorbereitung des G20-Gipfel in Toronto, der UN-Millenniumsgipfel in New York und die UN-Konferenz in Cancun über den Klimawandel.

Anfang Juli berichtete die Irish Times, dass die EU-Kommission bereits im März die Tragfähigkeit der Pläne der irischen Regierung zur Rekapitalisierung der Anglo-Irish Bank infrage gestellt hatte.⁶ An dieser Einschätzung änderte auch der EU-weite Bankenstresstest vom 23. Juli nur wenig, den die Anglo-Irish Bank und die Bank of Ireland bestanden. Ende August wurde die Kreditwürdigkeit Irlands von der Ratingagentur Standard & Poor's herabgestuft. Anfang September versicherte der deutsche Außenminister der irischen Regierung noch sein Vertrauen in ihr Krisenmanagement,⁷ und die Garantieregelungen der irischen Bankensicherheit wurden nach einem Treffen des irischen Finanzministers mit EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia bis Dezember 2010 verlängert. Doch europaweit wuchs die Besorgnis über die Stabilität des irischen Bankensystems und die möglichen Folgen eines Zusammenbruchs für ganz Europa. Diskutiert wurde – angeregt von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet – sogar die Aussetzung des Stimmrechts im Ministerrat, gegen die sich auf einem informellen Treffen der EU-Außenminister der irische Außenminister aussprach.

Am 16. September 2010 nahmen der Taoiseach und sein Außenminister am Gipfeltreffen des Europäischen Rates teil, das sich mit der Bündnispolitik der EU befasste. Im Vorfeld des Gipfels ließ der Taoiseach wissen, dass ein Ausbau der Kooperation der EU mit der NATO – der im Rahmen des EU-Krisenmanagements der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wahrscheinlich ist – die irische Neutralität nicht kompromittieren würde. Seine Ankündigung war in erster Linie innenpolitisch motiviert und galt der Opposition – insbesondere Fianna Fáil –, die sich gegen die Zusammenarbeit mit der NATO aussprechen könnte. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch bekannt, dass kein irischer Diplomat für die Spitzenjobs des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) in der näheren Auswahl war. Im Oktober wurde dann schließlich doch noch der Ire David O'Sullivan in eine leitende Position des neuen Dienstes ernannt.

Ende September legte die EU-Kommission dem Europäischen Parlament ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung der europäischen „Economic Governance“ vor. Dieses strebte eine weiter reichende und verbesserte Überwachung der Fiskalpolitiken und makroökonomische Politiken sowie Strukturreformen an. EU-Haushaltskommissar Olli Rehn

6 Arthur Beesley: EU expresses doubts over State's survival plan for Anglo, Irish Times, 06.07.2010.

7 Derek Skally/Harry McGee: Germanys supports Ireland's crisis measures, Irish Times, 03.11.2010.

ließ in einem Interview mit der *Irish Times* wissen, dass Irland keine Mittel aus den Rettungsfonds beantragen müsse, sofern es bald seinen Haushalt reformierte.⁸ Dies verstärkte die Sorgen der Iren, dass sie gegebenenfalls ihren niedrigen Unternehmenssteuersatz von 12,5% anpassen müssten, ein Anliegen, das auch von der deutschen und französischen Regierung vorgebracht wurde. Der ehemalige Premierminister Garret FitzGerald forderte die Regierung erneut zu Konsultationen mit den Oppositionsparteien auf, um ihre künftige Wirtschaftspolitik, einschließlich der Unternehmenssteuern, zu diskutieren.⁹ Dies wurde, trotz der Gesprächsbereitschaft des grünen Koalitionspartners, zunächst vom Taoiseach abgelehnt, bevor er zu einem Treffen mit den Vorsitzenden der Oppositionsparteien einwilligte.

Im Vorfeld des Oktobergipfels des Europäischen Rates veröffentlichten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy am 18. Oktober in Deauville eine gemeinsame Erklärung, in der sie Vertragsänderungen für gemeinsame Maßnahmen und einen permanenten Krisenbewältigungsrahmen für die Gewährleistung der finanziellen Stabilität im gesamten Euroraum forderten. Eine Änderung der EU-Verträge wurde aufgrund der damit verbundenen Notwendigkeit eines weiteren Referendums in Irland insbesondere von den Iren selbst – die jüngsten Erfahrungen mit den Referenden zu Nizza und Lissabon waren noch präsent – kritisch aufgenommen.

Neben strengeren Haushaltsregeln und einem permanenten Rettungsmechanismus war auch eine mögliche Vertragsänderung erneut Thema des Oktobergipfels des Europäischen Rates am 28./29. Oktober in Brüssel. Die Staats- und Regierungschefs diskutierten die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts der Van Rompuy Taskforce und forderten deren schnelle Implementierung. Die anderen Themen wie der nächste G20-Gipfel im November, die Klimakonferenz in Cancun im Dezember und die Gipfeltreffen mit den USA, Russland und der Ukraine wirkten daneben fast nebensächlich. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich schließlich auf eine kleine Vertragsänderung für die Errichtung eines ständigen Rettungsfonds einigen und beauftragten den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen bis zu ihrem Treffen im Dezember zu prüfen. Bei der Nachbereitung des Treffens begrüßte der Taoiseach die Anstrengungen zur Errichtung eines permanenten Rettungsfonds, äußerte sich jedoch nur sehr zurückhaltend zu der Frage, ob dafür ein Referendum notwendig sein wird.¹⁰

Spätestens ab November begannen sich die Ereignisse zu überschlagen. Die Gerüchte über eine mögliche Inanspruchnahme von EFSF-Mitteln wurden vom Taoiseach, der EU-Kommission und verschiedenen Kabinettsmitgliedern abgewiegt. Da das Thema allerdings Gegenstand in Diskussionen zwischen der EU-Kommission, der EZB und dem deutschen Außenminister war, forderten die irischen Oppositionsparteien von der amtierenden Regierung Aufklärung. Gleichzeitig wurde Irland von Deutschland und der EZB, sowie Österreich, den Niederlanden und Belgien, aufgefordert, sich um Unterstützung zu bemühen, während dies nach Ansicht anderer Staaten wie Frankreich, Spanien und Italien nicht nötig war.¹¹ Nach weiteren Beschwichtigungsversuchen der Regierung wurde am 22. November bestätigt, dass die irische Regierung 85 Milliarden Euro an Rettungsmitteln beantragt hatte und dass dieses Gesuch von den EU-Finanzministern gebilligt wurde.¹² Als Teil dieser Vereinbarung ver-

8 Arthur Beesley: Ireland will not need emergency funding, says EU commissioner, *Irish Times*, 29.11.2010.

9 Vgl. *Irish Times*, 02./03.10.2010.

10 Arthur Beesley: No decision now on Irish referendum, says Cowen, *Irish Times*, 30.10.2010.

11 Suzanne Lynch: Pressure eases slightly on Ireland, *Irish Times*, 16.11.2010.

12 Harry McGee et al: EU approves Irish request for multibillion-euro aid, *Irish Times*, 22.11.2010; Leigh Philips: EU agrees €85 billion Irish rescue, Dublin to raid pensions funds, *EUobserver.com*, 20.11.2010.

pflichtete Irland sich zu vierteljährlichen Fortschrittsberichten an ein Inspektorenteam der EU, des IWF und der EZB. Auch wenn der Niedergang Irlands von vielen vorausgesagt wurde, war dies doch eine bittere Angelegenheit für die Iren. Eine britische Zeitung bezeichnete „den moralischen Bankrott der irischen Politik als das größte Hindernis zur Genesung. Die EU kann den Haushalt retten, aber nur eine öffentliche Wahl kann in der Regierung auf-räumen“.¹³ Für den Sunday Independent war die Vereinbarung schlicht der „Ausverkauf Irlands: der schwärzeste Tag der schwärzesten Woche seit dem Bürgerkrieg“.¹⁴ In Irland gingen über 50.000 Menschen auf die Straße, um gegen die Vereinbarung von EU, IWF und EZB zu protestieren. Die Demonstrationen verliefen, anders als in Griechenland, weitgehend friedfertig. Die Oppositionsparteien kündigten an – sollten sie nach den nächsten Wahlen die Regierung stellen –, sich nicht an alle Punkte des Rettungsplans gebunden zu fühlen. Dies führte zu Unruhe in Europa, da auch andere Staaten wie Portugal, oder sogar Spanien, Hilfe benötigen würden, sollte es nicht gelingen, die irische Bankenkrise einzudämmen.

Am 24. November veröffentlichte die Regierung ihren umstrittenen Sanierungsplan für die kommenden vier Haushaltsjahre. Der Plan, der massive Haushaltskürzungen und Steuererhöhungen vorsah, wurde von EU-Kommissar Olli Rehn als unerlässlich für eine Sanierung des irischen Staatshaushalts begrüßt. Fine Gael, Labour und Sinn Féin äußerten sich kritisch gegenüber den Vorschlägen der Regierung. Enda Kenny ließ seine künftigen Wähler zu diesem Zeitpunkt wissen, dass er sich nach einer künftigen Wahl zum Regierungschef diesem Vorhaben der amtierenden Regierung Cowen nicht verpflichtet fühlen würde.

Nachdem verschiedene Vorschläge wie die Einführung gemeinsamer Staatsanleihen der EU-Staaten, so genannter Eurobonds, oder die Einrichtung einer Staateninsolvenzordnung von mehreren Staaten abgelehnt worden waren, wurde auf dem Gipfel am 17./18. Dezember 2010 beschlossen, Art. 136 AEUV um einen Absatz zu erweitern, der die dauerhafte Einrichtung eines Stabilitätsmechanismus ermöglichen soll. Dieser soll künftig wie folgt lauten: „Die Mitgliedstaaten, die der Eurozone angehören, können einen Stabilitätsmechanismus aktivieren, um im Notfall die Stabilität der Eurozone als Ganzes zu sichern. Die Garantie für die erforderliche Finanzunterstützung wird strikten Bedingungen unterworfen“.¹⁵ Diese Vertragsänderung muss nun von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden und soll zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Von irischer Seite wurde diese Formulierung so ausgelegt, dass für diese Vertragsergänzung kein Referendum nötig sei, da mit dieser kein weiterer Kompetenztransfer auf europäische Ebene verbunden ist.

Nach den Rettungspaketen für Griechenland und Irland häuften sich Ende 2010 die Sorgen über die sich zunehmend verschlechternde Lage auch in Portugal, Spanien und Italien. Diesen Bedenken lag die Frage zugrunde, ob die Europäische Union genug getan hatte, um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen und ob die bereitgestellten Rettungsfonds ausreichen würden, weitere Finanzkrisen zu vermeiden. Offen blieb, ob das EU-Finanzsystem auch in schwierigen Zeiten funktionsfähig sein würde. Deutlich wurde dies 2011 mit den Turbulenzen in der Eurozone. Erneut sah sich die EU zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel gezwungen, um die schwachen Volkswirtschaften Griechenlands, Irlands und Portugals zu unterstützen. Irland wurde Anfang Februar ein weiteres Mal von Standard & Poor's herabgestuft. Daraufhin aktivierten in den folgenden Monaten die EZB und der IWF neue Hilfsmaßnahmen, um weitere Kredite für das kleine Land bereitzustellen.

13 Editorial, 'Ireland's leaders have betrayed their country', The Observer, 21.11.2010.

14 Sunday Independent, 21.11.2010.

15 Arthur Beesley/Harry McGee: Crisis fund will be 'last resort' after Merkel demand, Irish Times, 17.12.2010.